

Zufriedenheit mit der Demokratie: ein Blick auf die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung von 1977 bis 2016

Tausendpfund, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tausendpfund, M. (2018). Zufriedenheit mit der Demokratie: ein Blick auf die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung von 1977 bis 2016. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 60, 29-35. <https://doi.org/10.15464/isi.60.2018.29-35>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Zufriedenheit mit der Demokratie

Ein Blick auf die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung von 1977 bis 2016

Seit den Arbeiten von David Easton (1965, 1975; siehe auch Almond und Verba 1963) gilt die politische Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger als eine zentrale Voraussetzung für die Stabilität eines politischen Systems. Mit manifester (*overt support*) und latenter Unterstützung (*covert support*) unterscheidet Easton (1965, S. 159) zwei Formen der politischen Unterstützung. Bei der manifesten Unterstützung handelt es sich um Handlungen wie das Zahlen von Steuern oder die Wahl eines Kandidaten. Diese sichtbaren Formen der politischen Unterstützung sind nach Easton (1975, S. 436) aber nur der Ausdruck zugrundeliegender Einstellungen zu politischen Objekten, die er als „covert support“ bezeichnet. Die Zufriedenheit mit der Demokratie gilt in der empirischen Sozialforschung als ein zentraler, aber durchaus umstrittener Indikator dieser politischen Unterstützung (Canache et al. 2001; siehe auch Abschnitt 1).

Das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen bietet eine einzigartige Datengrundlage, um erstens die Entwicklung der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland im Zeitverlauf zu betrachten und zweitens wichtige (individuelle) Bestimmungsfaktoren der Demokratiezufriedenheit zu analysieren. Von 1977 bis 2016 liegen von rund 340.000 Bürgerinnen und Bürgern Angaben zur Zufriedenheit mit der Demokratie vor. In Westdeutschland haben von 1977 bis 2016 an 216 Zeitpunkten knapp 230.000 wahlberechtigte Personen die Frage nach der Demokratiezufriedenheit beantwortet; in Ostdeutschland liegen entsprechende Informationen von 1990 bis 2016 von rund 110.000 Bürgerinnen und Bürgern vor (146 Zeitpunkte). Im Vergleich zu anderen Datenquellen – z.B. dem Eurobarometer, der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) und der European Social Sur-

vey (ESS) – bietet das Politbarometer damit die mit Abstand umfangreichste Datengrundlage zur Analyse der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland im Zeitverlauf.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut. Im folgenden Abschnitt wird zunächst das zentrale Merkmal dieses Beitrags – Zufriedenheit mit der Demokratie – näher erläutert, ehe die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit in Deutschland von 1977 bis 2016 auf Grundlage der Daten des Politbarometers beschrieben wird. Ein besonderer Blick gilt dabei den Gemeinsamkeiten und Unterschieden in West- und Ostdeutschland. Daran anknüpfend werden zentrale (individuelle) Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie betrachtet. In einem Fazit werden die zentralen Befunde des Beitrags zusammengefasst.

Was ist Zufriedenheit mit der Demokratie?

Bei der Zufriedenheit mit der Demokratie handelt es sich um eine Einstellung einer Person gegenüber einem politischen Objekt. Mit dem Konzept der politischen Unterstützung hat Easton (1965, 1975) die einflussreichste

Konzeptualisierung von Einstellungen gegenüber politischen Objekten vorgelegt. Wie Grafik 1 zeigt, unterscheidet er mit a) den politischen Autoritäten, b) dem politischen Regime und c) der politischen Gemeinschaft drei Objekte eines politischen Systems. Diese Systematisierung basiert auf der Überlegung, dass die abstrakteren Objekte (z.B. Gemeinschaft) eine andere Form der Unterstützung erfahren als die konkreten Objekte (z.B. Politiker) eines politischen Systems.

Easton differenziert aber nicht nur zwischen den Objekten eines politischen Systems, sondern unterscheidet mit der spezifischen und der diffusen Unterstützung auch zwischen zwei Unterstützungsarten. Bei der spezifischen Unterstützung handelt es sich um eine leistungsabhängige Form der Unterstützung. Bürgerinnen und Bürger gewähren spezifische politische Unterstützung, wenn sie mit den Leistungen der politischen Autoritäten zufrieden sind. Die diffuse Unterstützung ist dagegen von konkreten Leistungen unabhängig. Das Objekt wird nicht unterstützt, weil es bestimmte Leistungen erbringt, sondern „for their own sake“ (Easton 1975, S. 446). Während die spezifische Unterstüt-

Grafik 1 Konzept der politischen Unterstützung

		Unterstützungsobjekte		
		politische Autoritäten	politisches Regime	politische Gemeinschaft
Unterstützungsarten	diffuse Unterstützung	Legitimität der Autoritäten	Legitimität des Regimes	Verbundenheit mit der politischen Gemeinschaft
	spezifische Unterstützung	Vertrauen in die Autoritäten	Vertrauen in das Regime	
		Zufriedenheit mit dem alltäglichen Output		

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Easton (1965)

zung im Zeitverlauf damit theoretisch stärkeren Schwankungen unterliegen kann, sollte die diffuse Unterstützung grundlegender für die Systemstabilität und in ihrer Ausprägung stabiler sein (Gabriel 1989).

Wie Grafik 1 zeigt, hat Easton in seiner Konzeptualisierung eine asymmetrische Zuordnung der Unterstützungsarten zu den Unterstützungsobjekten vorgenommen. Während sich die spezifische Unterstützung nur auf die politischen Autoritäten richtet, bezieht sich die diffuse Unterstützung auf alle drei Objekte des politischen Systems. Easton begreift zudem die diffuse Unterstützung als mehrdimensionales Konzept (siehe Grafik 1). Die Komponenten, die die diffuse Unterstützung konstituieren, variieren mit dem Unterstützungsobjekt. Bei der politischen Gemeinschaft bezieht sich die diffuse Unterstützung auf das Gemeinschaftsbewusstsein, die Gruppenidentifikation oder das Wir-Gefühl – kurz: auf die Verbundenheit mit der politischen Gemeinschaft. Mit Blick auf die politischen Autoritäten und das politische Regime teilt er die diffuse Unterstützung in die Kategorien „Vertrauen“ und „Legitimitätsüberzeugungen“ (Easton 1975, S. 447–453).

Die von Easton vorgeschlagene Konzeptualisierung politischer Einstellungen gegenüber verschiedenen Objekten eines politischen Systems erlaubt ein besseres Verständnis für die Stabilität von politischen Systemen. Während für die Stabilität eines politischen Systems ein Minimum an politischer Unterstützung des politischen Regimes unerlässlich ist, räumt Easton bei den politischen Autoritäten ein, dass ein System auch beim Fehlen entsprechender Unterstützung – zumindest zeitweise – überlebensfähig ist (Easton 1965, S. 212). Deshalb bezeichnet Easton (1975, S. 444) diffuse Unterstützung auch als ein „reservoir of favorable attitudes“. Mit anderen Worten: Die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Arbeit politischer Autoritäten führt nicht unmittelbar zur Krise eines politischen Systems. Erst längere Phasen der Unzufriedenheit haben Auswirkungen auf die Regimeunterstützung und können eine Gefährdung des politischen Systems zur Folge haben.

Die Zufriedenheit der Bürgerinnen

und Bürger mit der Demokratie gilt in der empirischen Sozialforschung zwar als wichtiger Indikator für die Stabilität eines politischen Systems (z.B. Westle und Niedermayer 2009; Sanders et al. 2014; Braun und Tausendpfund 2015). Die Einordnung dieser Einstellung in das Konzept der politischen Unterstützung ist aber durchaus umstritten (für ein Überblick siehe z.B. Allenspach 2012, S. 50). Canache et al. (2001) haben in der Literatur verschiedene Interpretationen des Indikators „Zufriedenheit mit der Demokratie“ identifiziert. Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie wird *erstens* als Indikator für die Unterstützung der politischen Autoritäten, *zweitens* als Indikator für die Regimeunterstützung unabhängig von der Bewertung der aktuellen Amtsinhaber und *drittens* als zusammenfassender Indikator für die Zufriedenheit mit dem existierenden politischen System gedeutet. Bei der dritten Sichtweise bilden die Zufriedenheit mit den politischen Autoritäten und die Zufriedenheit mit dem politischen Regime jeweils eine Teilkomponente der Zufriedenheit mit der Demokratie.

Nach der zweiten Lesart bezieht sich die Zufriedenheit mit der Demokratie nicht etwa auf einen bestimmten Politiker oder eine konkrete Institution, sondern auf die Bewertung des gesamten politischen Systems. Dalton (1999, S. 68) bewertet die Demokratiezufriedenheit deshalb als Regimeunterstützung. Er ordnet diesen Indikator allerdings eher der spezifischen Unterstützung zu, weil er auf die „performance of the system“ abzielt (Dalton 1999, S. 68). Sicherlich beinhaltet eine Antwort auf die explizite Frage nach der *Zufriedenheit* mit der Demokratie auch eine Bewertung ihrer empfundenen Leistungsfähigkeit. Allerdings bezieht sich die Formulierung nicht auf einzelne politische Institutionen oder Autoritäten, sondern auf das komplette politische System. Deshalb wird die Frage nach der Demokratiezufriedenheit auch als Indikator für die diffuse Regimeunterstützung betrachtet (z.B. Braun und Schmitt 2009, S. 71; Braun und Tausendpfund 2015, S. 341). Dabei dürfte der Indikator allerdings eher die „output-orientierte“ Legitimität des politischen Systems (Scharpf 1999; Linde und Ekman 2003, S. 394)

und weniger die grundlegende Akzeptanz eines demokratischen Systems erfassen (siehe auch Fuchs und Roller 2016, S. 408). In diesem Beitrag wird die Zufriedenheit mit der Demokratie als Indikator verstanden, der sich aus spezifischer und diffuser Unterstützung zusammensetzt (ähnlich auch Clarke et al. 1993, S. 1003).

Zufriedenheit mit der Demokratie von 1977 bis 2016

Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie gehört zum festen Frageprogramm des Politbarometers. Die Bürgerinnen und Bürger werden zwar nicht bei jeder Erhebung des Politbarometers zu ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie befragt, aber in jedem Jahr gibt es mehrere Befragungen, die das Item enthalten. Bei der Analyse der Zufriedenheit mit der Demokratie auf Basis der Daten des Politbarometers ist allerdings auf drei Herausforderungen hinzuweisen. Erstens ändert sich im Zeitverlauf die Zahl der Antwortkategorien, zweitens wurde die Frageformulierung angepasst und drittens wechselte die Methode der Datenerhebung von persönlichen Interviews Mitte 1988 zu telefonischer Befragung.

Von 1977 bis 1988 standen den Befragten vier (inhaltliche) Antwortkategorien zur Verfügung: sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden und sehr unzufrieden. Seit 1989 können die Personen nur noch mit „eher zufrieden“ oder „eher unzufrieden“ antworten. Für die Analyse werden die Angaben von 1977 bis 1988 entsprechend in zwei Kategorien (eher/sehr zufrieden und eher/sehr unzufrieden) zusammengefasst. Wie Tabelle 1 zeigt, lassen sich bei der Erfassung der Zufriedenheit mit der Demokratie verschiedene Fragevarianten unterscheiden. Die Variante A ist problematisch, da mit „politischen Parteien“ und „ganzen politischen System“ zwei Stimuli vorliegen. Bei Variante B bezieht sich die Frage explizit auf das „ganze politische System“, bei Variante C fehlt diese Konkretisierung. Bei der Datenaufbereitung wurde geprüft, ob der geänderte Befragungsmodus sowie Frageformulierung und Antwortoptionen erkennbare Effekte auf das Antwortverhalten hatten. Dabei wurden

Tabelle 1 Erfassung der Zufriedenheit mit der Demokratie

Variante	Formulierung	Erhebungsjahr
A	Was würden Sie allgemein zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, d.h. zu unseren politischen Parteien und zu unserem ganzen politischen System sagen?	1977 bis 1980 1982 bis 1987 1988 (Februar und Juni)
B	Was würden Sie allgemein zur Demokratie in der Bundesrepublik, d.h. zu unserem ganzen politischen System sagen?	1981 1988 (September und November) 1989–1992
C	Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen?	1993–2016

keine Auffälligkeiten identifiziert, so dass diese Veränderungen nicht unmittelbar die Datenqualität gefährden.

Die Linien in Grafik 2 zeigen den Anteil der Personen, die bei der jeweiligen Befragung angegeben haben, mit der Demokratie in Deutschland (eher bzw. sehr) zufrieden zu sein. Als zeitliche Orientierungspunkte sind – neben dem ersten (April 1977) und letzten Datenpunkt (Oktober 2016) – jeweils der Datenpunkt der nächsten Bundestagswahl eingetragen. Wie in Grafik 2 erkennbar, waren Ende der 1970er Jahre knapp 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie in Deutschland zufrieden. In der Endphase der sozialliberalen Koalition (1980–1982) ist ein starker Rückgang der Demokratiezufriedenheit festzustellen (zur Koalitionskrise und zum Regierungswechsel 1982 siehe Bohnsack 1983). Von Oktober

1980 bis zum Frühjahr 1982 sinkt die Zufriedenheit mit der Demokratie von 80 auf 55 Prozent. Bereits ab April 1982 – und damit vor dem Regierungswechsel im Herbst 1982 – steigt die Demokratiezufriedenheit wieder an, liegt zum Jahreswechsel 1982/83 bei 70 Prozent und stabilisiert sich in den Folgejahren bei knapp 70 Prozent. Im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung liegt die Zufriedenheit mit der Demokratie ab Oktober 1989 stabil über 70 Prozent, Ende 1990 sind vier von fünf Befragten mit der Demokratie in Deutschland zufrieden.

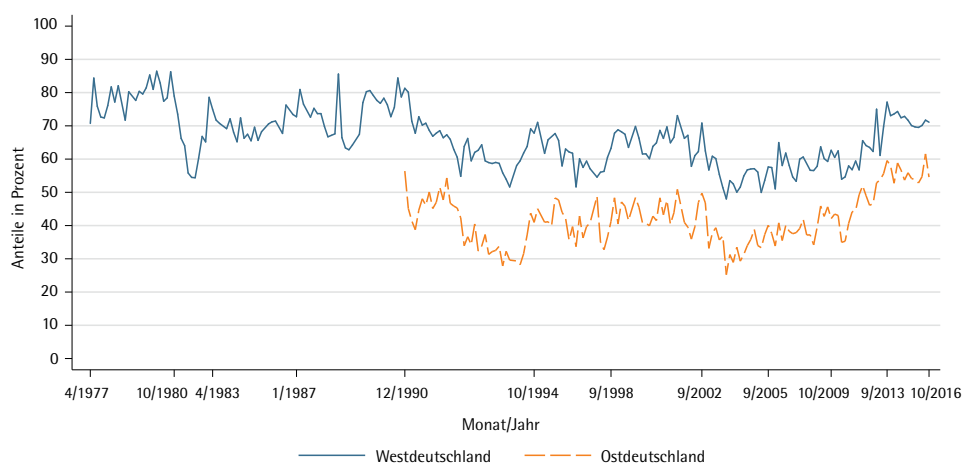
Die ökonomisch und politisch schwierigen Jahre nach der Wiedervereinigung führen ab 1991 allerdings zu einem stetigen Rückgang der Demokratiezufriedenheit (siehe auch Niedermayer 2005, S. 105; Gabriel 2005, S. 495–498). In Westdeutschland sinkt die

Zufriedenheit von Januar 1991 (80 Prozent) bis April 1992 (61 Prozent) um 19 Punkte. In den Folgejahren stabilisiert sich die Demokratiezufriedenheit bei 60 Prozent. Mit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 ist zunächst ein leichter Anstieg der Demokratiezufriedenheit festzustellen, ab 2003 ist allerdings ein kontinuierlicher Abwärtstrend zu beobachten. Von Juni 2003 bis Ende 2005 liegt die Zufriedenheit in Westdeutschland unter 60 Prozent. Ab 2006 ist ein langsamer Aufwärtstrend zu beobachten, der aber durch die Finanz- und Eurokrise kurzfristig unterbrochen wird. Ab Mitte 2013 liegt die Zufriedenheit mit der Demokratie in Westdeutschland bei knapp 70 Prozent.

Die in Grafik 2 dokumentierten Ergebnisse zeigen erhebliche Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Demokratie zwischen West- und Ostdeutschland (siehe auch Thaidigsmann 2009, S. 114–117; Holtmann und Jaeck 2015; Fuchs und Roller 2016). Nach einer kurzen Phase der Vereinigungseuphorie liegt die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland von Juni 1992 bis Mitte 1994 lediglich bei 30 Prozent, erst Mitte der 90er Jahre ist ein langsamer Anstieg auf rund 40 Prozent festzustellen. Ende 2002 fällt die Demokratiezufriedenheit wieder auf 30 Prozent, steigt ab September 2005 wieder auf 40 Prozent. Seit 2013 liegt die Zufriedenheit mit der Demokratie in den ostdeutschen Bundesländern bei über 50 Prozent.

Für die Erklärung der Ost-West-Unterschiede lassen sich mit der Sozialisations- und der Situationshypothese zwei Ansätze unterscheiden (z.B. Neller 2006, S. 64–70; Niedermayer 2005, S. 109). Vertreter der Sozialisationshypothese argumentieren, dass die Niveauunterschiede auf variierende Sozialisationserfahrungen der Menschen in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen zurückgeführt werden können. Danach wurden die Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichen politischen Kontexten sozialisiert. Während die Menschen in den westdeutschen Bundes-

Grafik 2 Zufriedenheit mit der Demokratie von 1977 bis 2016



Anmerkungen: Dargestellt ist der Anteil der Befragten, die mit der Demokratie sehr bzw. eher zufrieden sind. Gewichtete Daten (Repräsentativgewicht: Variable Vx56).

Datenbasis: Politbarometer – Gesamtkumulation 1977 bis 2016. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5100 Datenfile Version 1.0.0 (2017), doi:10.4232/1.5100

ländern schon mehrere Jahrzehnte in einem demokratischen System sozialisiert wurden und entsprechend demokratische Werte internalisiert haben, waren die Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern mit einer autokratischen politischen Herrschaft konfrontiert. Demzufolge haben die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern keine Sozialisation in einem demokratischen System erlebt und es konnten keine demokratischen Werte und Normen vermittelt werden, so dass sie letztlich auch eine geringere Zufriedenheit mit dem (demokratischen) politischen System äußern als Personen, die in einem demokratischen System sozialisiert wurden (z.B. Braun 2013, S. 86–88).

Anhänger der Situationshypothese verweisen dagegen stärker auf die ungleichen Lebensbedingungen in Ost und West, die eine unterschiedliche Bewertung der Demokratie zur Folge hat. So gibt es auch mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch große Unterschiede zwischen den „alten“ und den „neuen“ Bundesländern. Die Arbeitslosenquote ist in den ostdeutschen Bundesländern höher als in den westdeutschen Bundesländern, und das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den neuen Bundesländern geringer als in den alten Bundesländern (Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2016). Entsprechend fällt die Zufriedenheit mit der Demokratie in Ostdeutschland geringer aus als in Westdeutschland, weil die Lebenssituation für viele Menschen in Ostdeutschland schlechter ist als in Westdeutschland.

Empirische Befunde deuten darauf hin, dass sich die Ost-West-Unterschiede durch eine Kombination dieser beiden Erklärungsansätze besser erklären lassen als durch die isolierte Sichtweise dieser Perspektiven (z.B. Gabriel und Neller 2000; Gabriel 2005, S. 520; Thaidigsmann 2009, S. 125–131). Für diese Interpretation spricht auch der langsame Rückgang der Ost-West-Unterschiede (ähnlich auch Holtmann und Jaeck 2015, S. 38).¹ In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung lag die Ost-West-Differenz bei etwa 20 Punkten, zwischen 1995 bis 2010 bei etwa 20 Punkten und ab 2010 verringert sie sich

auf etwa 15 Punkte. Die geringen Auswirkungen der Euro- und Finanzkrise hatten in beiden Landesteilen einen positiven Effekt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie (Braun und Tausendpfund 2015, S. 346–350). Dabei fiel der Anstieg in den neuen Bundesländern etwas stärker aus als in den alten Bundesländern.

Die in Grafik 2 präsentierten Zeitreihen für die Zufriedenheit mit der Demokratie in West- und Ostdeutschland zeigen zwar einerseits deutliche Niveauunterschiede in beiden Landesteilen, aber deren Entwicklungen verlaufen andererseits sehr parallel. Trotz unterschiedlichem Niveau reagieren die Menschen in Ost und West offensichtlich sehr ähnlich auf aktuelle Ereignisse und Herausforderungen (Fuchs und Roller 2016, S. 409).

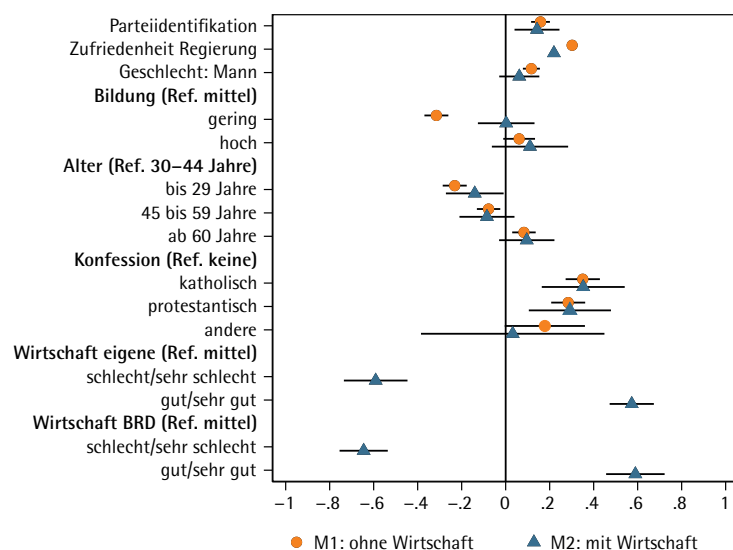
Individuelle Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie

Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist von mehreren Faktoren abhängig (Gabriel 2005, S. 514–520). Dabei gelten die wirtschaftliche Situation (z.B. Clarke

et al. 1993; Quaranta und Martini 2016; Lange 2018), die Zufriedenheit mit der Regierung und die Parteiidentifikation als Indikator für die politische Involvement (z.B. Kern 2017), sowie soziodemographische Merkmale wie Geschlecht, Alter, Konfession und Bildung als wichtige Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie (Braun und Tausendpfund 2015; Tausendpfund 2013). Die Gesamtkumulation des Politbarometers enthält allerdings nicht zu allen Zeitpunkten alle Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie. Deshalb werden bei der Analyse zwei Zeiträume unterschieden. In einem ersten Schritt werden die Bestimmungsfaktoren der Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland von 1977 bis 1989 analysiert, im zweiten Schritt wird der Zeitraum von 1991 bis 2016 getrennt nach West und Ost betrachtet.

Grafik 3 zeigt die Ergebnisse von zwei logistischen Regressionen in Form eines Koeffizientenplots mit eingezeichneten 95-Prozent-Konfidenzintervallen. Dabei werden die Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie in Westdeutschland von 1977 bis 1989 berücksichtigt. Die Aufnahme

Grafik 3 Bestimmungsfaktoren der Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland (1977 bis 1989)



Anmerkungen: Logistische Regressionen. Fallzahl Modell 1: 63.893. Fallzahl Modell 2: 12.445. Der Kreis (M1) bzw. die Dreiecke (M2) zeigen die logistischen Regressionskoeffizienten; der Strich innerhalb des Symbols weist das jeweilige 95-Prozent-Konfidenzintervall aus. Positive Koeffizienten deuten auf einen positiven Effekt des jeweiligen Merkmals auf die Demokratiezufriedenheit hin. Entsprechend deuten negative Koeffizienten auf einen negativen Effekt des Merkmals hin. Neben den ausgewiesenen Merkmalen wurde bei den Regressionen jeweils das Erhebungsjahr als Dummyvariable berücksichtigt.

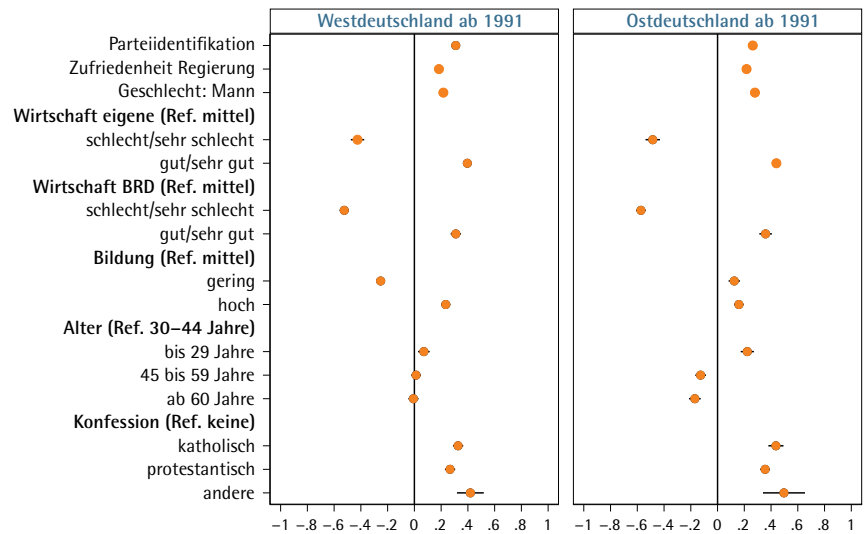
Datenbasis: Politbarometer – Gesamtkumulation 1977 bis 2016. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5100 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.5100. Eigene Berechnungen

der Bewertung der persönlichen bzw. der landesweiten wirtschaftlichen Lage führt allerdings zu einer erheblichen Verringerung des Datenmaterials. Deshalb wird bei Modell 1 in Grafik 3 auf diese Indikatoren verzichtet; bei Modell 2 in Grafik 3 werden die persönliche und die landesweite Bewertung der wirtschaftlichen Situation berücksichtigt. In beiden Modellen zeigen konfessionsgebundene (männliche) Befragte mit einer Parteiidentifikation, die mit der Arbeit der Regierung zufrieden sind, eine höhere Zufriedenheit mit der Demokratie als konfessionslose (weibliche) Befragte, die sich keiner Partei verbunden fühlen und mit der Arbeit der Regierung nicht zufrieden sind. Starke Effekte auf die Zufriedenheit mit der Demokratie hat die wahrgenommene wirtschaftliche Situation. Eine positive Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage bzw. der wirtschaftlichen Lage des Landes korrespondiert mit einer höheren Demokratiezufriedenheit.

In Grafik 4 werden die Ergebnisse von zwei logistischen Regressionen für den Zeitraum 1991 bis 2016 getrennt für West- und Ostdeutschland ausgewiesen. Bei einem Ost-West-Vergleich der Bestimmungsfaktoren zeigen sich mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. In beiden Landesteilen sind die Zufriedenheit mit der Wirtschaft (persönlich und landesbezogen), die Zufriedenheit mit der Regierung, die Parteiidentifikation sowie eine christliche Konfession wichtige Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie. Je positiver die eigene Wirtschaftslage und die landesweite wirtschaftliche Situation bewertet werden, desto größer ist die Demokratiezufriedenheit. Männliche Befragte mit einer Parteiidentifikation, einer größeren Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung und einer christlichen Konfession sind mit der Demokratie zufriedener als Frauen, Personen ohne Parteiidentifikation und Konfessionslose.

Beim Bildungsniveau und bei den Altersgruppen sind allerdings Unterschiede auszumachen. In Westdeutschland steigt mit dem Bildungsniveau die Demokratiezufriedenheit an; in Ostdeutschland zeigen Befragte in der mittleren Bildungsgruppe dagegen eine geringere Demokratiezufriedenheit als

Grafik 4 Bestimmungsfaktoren der Demokratiezufriedenheit in Deutschland (ab 1991–2016)



Anmerkungen: Logistische Regressionen. Fallzahl Westdeutschland: 103.389. Fallzahl Ostdeutschland: 88.778. Die Kreise zeigen die logistischen Regressionskoeffizienten; der Strich innerhalb des Symbols weist das jeweilige 95-Prozent-Konfidenzintervall aus. Positive Koeffizienten deuten auf einen positiven Effekt des jeweiligen Merkmals auf die Demokratiezufriedenheit hin. Entsprechend deuten negative Koeffizienten auf einen negativen Effekt des Merkmals hin. Neben den ausgewiesenen Merkmalen wurde bei den Regressionen jeweils das Erhebungsjahr als Dummyvariable berücksichtigt.

Datenbasis: Politbarometer – Gesamtkumulation 1977 bis 2016. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5100 Datenfile Version 1.0.0 (2017), doi:10.4232/1.5100. Eigene Berechnungen

Personen mit geringer oder hoher Bildung. In Ostdeutschland sind zudem Befragte in den Altersgruppen 45 bis 59 Jahre sowie ab 60 Jahre mit der Demokratie unzufriedener als junge Befragte oder Personen zwischen 30 bis 44 Jahre. Dieser Alterseffekt könnte möglicherweise auf einen Kohorteneffekt zurückgeführt werden. Während die jüngste Altersgruppe in einem demokratischen System sozialisiert wurde, trifft dies für die Altersgruppen ab 45 Jahre nicht zu. In Westdeutschland zeigt die Zugehörigkeit zu diesen Altersgruppen keinen Effekt auf die Zufriedenheit mit der Demokratie.

Zusammenfassung

Die Zufriedenheit mit der Demokratie gilt in der empirischen Sozialforschung – trotz konzeptioneller Unschärfe und variierender Formulierungen im Zeitverlauf – als wichtiger Indikator der politischen Unterstützung. Das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen bietet eine ausgezeichnete Datengrundlage, um die Entwicklung der Zufriedenheit in Deutschland über einen langen Zeitraum zu analysieren. Bei der deskriptiven Betrachtung sind einerseits

deutliche Einbrüche (1980–1982 und 1991–1993), aber andererseits auch anschließende Phasen der Erholung und Konsolidierung zu erkennen. Seit 2006 ist ein langsamer Aufwärtstrend festzustellen, der nur kurzfristig durch die Finanz- und Eurokrise beeinträchtigt wird. Seit Mitte 2013 liegt die Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland bei knapp 70 Prozent, in Ostdeutschland ist jeder Zweite mit der Demokratie zufrieden. Dabei ist in den vergangenen Jahren ein langsamer Rückgang dieser Unterschiede erkennbar.

Trotz der Niveauunterschiede in West- und Ostdeutschland ist es bemerkenswert, dass die Entwicklung in beiden Landesteilen sehr ähnlich verläuft. Offensichtlich reagieren die Menschen in Ost und West in vergleichbarer Weise auf politische Ereignisse. Auch bei einer Betrachtung der Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit mit der Demokratie überwiegen eindeutig mehr die Gemeinsamkeiten als die Unterschiede. Eine positivere Bewertung der wirtschaftlichen Situation, die Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung, die Verbundenheit mit einer Partei sowie eine christliche Konfession sind in beiden Landesteilen mit einer positiveren Bewertung der

Demokratie verknüpft. Lediglich bei Alter und Bildung sind unterschiedliche Effekte nachweisbar.

In der Öffentlichkeit wird das Politbarometer als ein Instrument wahrgenommen, um die aktuelle Stimmungslage der (wahlberechtigten) Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland zu erfassen. Diese Sichtweise greift mehr als 40 Jahre nach Etablierung des Politbarometers allerdings zu kurz. Die Häufigkeit und die Kontinuität der Datenerhebung erlauben sowohl die Betrachtung kurzfristiger Trends als auch langfristiger Entwicklungen. Damit ist über die Jahre ein einzigartiger Datensatz entstanden, dessen Wert mit jeder weiteren Datenerhebung noch steigt. Das Politbarometer leistet einen wertvollen Beitrag, um wichtige Aspekte deutscher Politik – wie die Entwicklung der Zufriedenheit mit der Demokratie – analysieren zu können (Kaase 2003) und Rückschlüsse für das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik ziehen zu können. So deuten die Befunde in diesem Beitrag – entgegen der Krisendiagnosen um „Politikverdrossenheit“ und „Vertrauensverlust“ – eindeutig eher auf eine zufriedene als auf eine zerrüttete Beziehung der Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie hin.

Literatur

- Allenspach, Dominik. 2012. *Der Effekt der Systemunterstützung auf die politische Partizipation. Eine vergleichende Analyse westlicher Demokratien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1963. *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston: Little, Brown and Company.
- Bohnsack, Klaus. 1983. Die Koalitionskrise 1981/82 und der Regierungswechsel 1982. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 14 (1): 5-32.
- Braun, Daniela. 2013. *Politisches Vertrauen in neuen Demokratien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Braun, Daniela, und Hermann Schmitt. 2009. Politische Legitimität. In *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Hrsg. Viktoria Kaina und Andrea Römmele, 53-81. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Braun, Daniela, und Markus Tausendpfund. 2015. Wirtschaftskrise und politische Unterstützung im europäischen Vergleich. In *Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten*, Hrsg. Heiko Giebler und Aiko Wagner, 333-360. Baden-Baden: Nomos.
- Canache, Damarys, Jeffery J. Mondak, und Mitchell A. Seligson. 2001. Meaning and measurement in cross-national research on satisfaction with democracy. *Public Opinion Quarterly* 65 (4): 506-528.
- Clarke, Harold D., Nitish Dutt, und Allan Kornberg. 1993. The Political Economy of Attitudes toward Polity and Society in Western European Democracies. *Journal of Politics* 55 (4): 998-1021.
- Dalton, Russell J. 1999. Political Support in Advanced Industrial Democracies. In *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Hrsg. Pippa Norris, 57-77. New York: Oxford University Press.
- Easton, David. 1965. *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- Easton, David. 1975. A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5 (4): 435-457.
- Fuchs, Dieter, und Edeltraud Roller. 2016. Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat. In *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 407-416. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gabriel, Oscar W. 1989. Regierungswechsel und politische Unterstützung. Implikationen des Parteienwettbewerbs für die Struktur politischer Unterstützung in der Demokratie. *Politische Vierteljahresschrift* 30 (1): 75-93.
- Gabriel, Oscar W. 2005. Politische Einstellungen und politische Kultur. In *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel und Everhard Holtmann, 459-522. München: Oldenbourg.
- Gabriel, Oscar W., und Katja Neller. 2000. Stabilität und Wandel politischer Unterstützung im vereinigten Deutschland. In *Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland*, Hrsg. Hartmut Esser, 67-89. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Holtmann, Everhard, und Tobias Jaeck. 2015. Was denkt und meint das Volk? Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65 (33-34): 35-45.
- Kaase, Max. 2003. Das Politbarometer als Instrument wissenschaftlicher und publizistischer Analyse. In *Politbarometer*, Hrsg. Andreas M. Wüst, 145-155. Opladen: Leske+Budrich.
- Kern, Anna. 2017. Identifikation mit politischen Parteien und Demokratiezufriedenheit: Eine Längsschnittanalyse zum Einfluss von Parteiidentifikation in Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 58 (1): 51-76.
- Lange, Hendrik. 2018. *Determinanten der Demokratiezufriedenheit. Einfluss ökonomischer Faktoren auf die politische Kultur in der BRD*. Wiesbaden: Springer VS.
- Linde, Jonas, und Joakim Ekman. 2003. Satisfaction with democracy: A note on a frequently used indicator in comparative politics. *European Journal of Political Research* 42 (3): 391-408.
- Neller, Katja. 2006. *DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Niedermayer, Oskar. 2005. *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Quaranta, Mario, und Sergio Martini. 2016. Does the economy really matter for satisfaction with democracy? Longitudinal and cross-country evidence from the European Union. *Electoral Studies* 42: 164-174.
- Sanders, David, Harold D. Clarke, Marianne Stewart, und Paul Whiteley. 2014. Output-oriented Legitimacy: Individual- and System-level Influences on Democracy Satisfaction. In *Elections and Democracy: Representation and Accountability*, Hrsg. Jacques Thomassen, 153-180. Oxford: Oxford University Press.
- Scharpf, Fritz W. 1999. *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch*. Frankfurt: Campus.
- Statistisches Bundesamt, und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Hrsg. 2016. *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Tausendpfund, Markus. 2013. Gemeinden als Fundament der Demokratie? Individuelle und kontextuelle Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie. In *Die Versprechen der Demokratie. 25. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, Hrsg. Hubertus Buchstein, 269-292. Baden-Baden: Nomos.
- Thaidigsmann, Isabell S. 2009. Aspekte politischer Kultur in Deutschland – Legitimitätsvorstellungen und Legitimitätsurteile: „Politische Ordnung“. In *Politische Kultur. Eine Einführung*, Hrsg. Bettina Westle und Oscar W. Gabriel, 97-137. Baden-Baden: Nomos.
- Westle, Bettina, und Oskar Niedermayer. 2009. Orientierungen gegenüber der Demokratie. In *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*, Hrsg. Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettina Westle, 11-29. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

1 Mit Daten des Eurobarometers kommen Fuchs und Roller (2016, S. 410) allerdings zu einer anderen Schlussfolgerung: „25 Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es keine Hinweise

darauf, dass sich mit zunehmenden Erfahrungen der Ostdeutschen mit der Demokratie die Kluft in der Demokratiezufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen verringert hat.“

Markus Tausendpfund
Markus.Tausendpfund@fernuni-
hagen.de

doi: 10.15464/isi.60.2018.29-35

Parteiendemokratie im Umbruch?

Eine explorative Untersuchung

Verdrossenheits-Empirie als Ausgangspunkt

Dieser Beitrag thematisiert den eklatanten Widerspruch zwischen zwei Ansichten unserer politischen Wirklichkeit, denen man in der empirischen Forschung begegnen kann und die sich auch in den öffentlichen Diskursen wiederfinden. Die *erste* der beiden Ansichten präsentiert die politische Wirklichkeit in ausgesprochen negativer Perspektive, wobei schon seit längerer Zeit dem Begriff der „*Verdrossenheit*“ eine herausragende Bedeutung zukommt. Der Begriff bezieht sich auf eine missmutige Einstellung der Bevölkerungsmehrheit zu „den“ politischen Parteien und „den“ Politikern, zu deren Veranschaulichung Sachverhalte wie eine tendenziell sinkende Wahlbeteiligung, eine sinkende Zahl der Parteimitglieder, oder eine schwächelnde Parteiidentifikation herangezogen werden. Die entsprechenden Behauptungen können sich in der Tat auf empirische Belege stützen, an deren Glaubwürdigkeit kaum zu zweifeln ist. Ungeachtet seiner Schlagwortartigkeit konnte der „*Verdrossenheits*“-Begriff deshalb auch in der Demokratieforschung Fuß fassen. Die Fragen, die sich mit ihm verbinden, verknüpfen sich neuerdings mit der Frage nach der *Repräsentationsfähigkeit* der politischen Parteien, die verschiedenen Beobachtungen zufolge rückläufig ist, so dass die Verbindungsstränge zwischen der Bevölkerung und der Politik gefährdet erscheinen.

Demokratiezufriedenheit als Kontra-Indikator

Die *zweite*, diametral entgegengesetzte Ansicht der politischen Wirklichkeit kann sich auf eine fortgesetzte und stark ausgeprägte Neigung der Bevölkerungsmehrheit zu einer *Zufriedenheit* stützen, die nicht etwa die private Lebenszufriedenheit, sondern ausdrücklich die „*Zufriedenheit mit der Demokratie*“ betrifft, deren Entwicklung sich empirisch insbesondere mit dem POLIT-BAROMETER der Forschungsgruppe Wahlen über nunmehr vier Jahrzehnte hinweg nachverfolgen lässt. Da sich der Beitrag von Tausendpfund in diesem Heft mit dieser Entwicklung bereits ausführlich beschäftigt, kann ich mich auf die zusammenfassende Feststellung beschränken, dass die 1977 beginnende Zeitreihe der Variable „*Demokratiezufriedenheit*“ einen Verlauf aufweist, der von einer über dem EU-Durchschnitt liegenden, also verhältnismäßig hohen, bis ca. 1990 andauernden Ausgangsperiode aus nach zwischenzeitlichen Rücksetzern im Jahr 2005 zügig wiederanzusteigen begann, um etwa seit 2013 den Höchststand der Ausgangsperiode wieder zu erreichen und zu überschreiten.

Ansätze zur Widerspruchs-Erklärung

Der zusammenfassende Befund lautet dementsprechend in aller Kürze: Demokratieverdrossenheit und Demo-

kratiezufriedenheit – koexistent, widerspruchsgeladen und gleichermaßen empirisch belegbar. Wie lässt sich der Widerspruch nun aber erklären?

Eine erste mögliche Erklärung wäre, dass in beiden Fällen unterschiedliche Teile der Bevölkerung beteiligt sind, aber diese – empirisch leicht überprüfbare – Erklärung trifft nicht zu. Eine zweite mögliche Erklärung wäre, dass es sich bei der mit der Variable „*Demokratiezufriedenheit*“ erfassbaren *Zufriedenheit* um eine resignative, der passiven Hinnahme eines eigentlich unbefriedigenden Zustands ähnelnde Einstellung handelt, aber auch diese Erklärung trifft – ich muss darauf hoffen, dass mir diese Behauptung ohne empirische Belegung abgenommen wird – nicht zu. Eine dritte Erklärung könnte nun allerdings darauf abstellen, dass in den beiden Fällen unterschiedliche Einstellungsobjekte angezielt werden und in der Tat trifft diese Erklärung zu: Die „*Verdrossenheit*“ bezieht sich schwerpunktmäßig auf die politischen Parteien, die „*Demokratiezufriedenheit*“ – wie vorgreifend gesagt werden kann – dagegen nicht, oder jedenfalls nicht in erster Linie (vgl. die im übernächsten Abschnitt nachfolgende Erläuterung). Aber wer oder was kann in einer „*Parteiendemokratie*“, die wir ja dem allgemeinen Verständnis zufolge haben, eigentlich Demokratiezufriedenheit erzeugen, wenn nicht die Parteien? Gibt es womöglich etwas, was diesbezüglich an ihre Stelle getreten ist und ihre „*Repräsentationsschwäche*“ (Frank Decker) kompensiert? Und ist